

4. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Dezember 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 4. Informationsblatt übergeben wir Euch einen **Offenen Brief an den Parteivorstand der Partei Die Linke vom 30.09.2010** zum Programmentwurf. Wir rufen Euch zur Diskussion und auch zur Verteidigung dieses vorliegenden Programmentwurfs auf. Gebt Eure Stellungnahmen und Forderungen unbedingt an die Redaktionskommission in Berlin.

Wir sind uns sicher darin einig, dass wir die enthaltenen linken Positionen vehement verteidigen müssen, denn ohne diese wird unsere Partei Die Linke keine „linke“ Partei, schon gar keine sozialistische Partei mehr sein.

Die KPF des Landes Brandenburg wird sich auf der Grundlage unserer Stellungnahme (s. 3. Info.-Blatt) auch weiterhin an der Parteiprogrammdiskussion konstruktiv beteiligen.

Besonders interessiert sind wir an Euren bisherigen Einschätzungen zum vorliegenden Parteiprogrammentwurf. Für die parallele Übersendung von Diskussionsergebnissen, Stellungnahmen, Positionen und Meinungen wären wir Euch sehr dankbar.

Weiterhin geben wir Euch den **Diskussionsbeitrag des Gen. Bodo Hinkel** auf der Bundeskonferenz der KPF sowie die **Stellungnahme der KPF Brandenburg zur Politik der Partei Die Linke in der Landesregierung und der Landtagsfraktion im Zeitraum 2009-2010** zur Kenntnis.

Wir bitten Euch, uns nach Erhalt des Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Meinungen, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Offener Brief an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,
den am 20.03.2010 vorgelegten Programmentwurf für die Partei DIE LINKE haben wir vorwiegend positiv aufgenommen. Es war und ist an der Zeit, solch deutliche Worte zur Charakterisierung des »modernen« Kapitalismus auszusprechen. Mit dem Programmentwurf haben »einige – auch Spitzenfunktionäre – [die] den Entwurf sofort, vor jeder Diskussion, mehr oder weniger verrissen haben¹« Schwierigkeiten. Auch das *forum demokratischer sozialismus* (fds) beteiligt sich in seinen jüngsten 13 Thesen an diesem Verriss.

Wir nicht! Die Klarheit der Kapitalismusanalyse des Programmentwurfs muss erhalten bleiben. Das gilt besonders für die Kernaussagen zur Eigentumsfrage. Die klaren Aussagen zur außenpolitischen Ausrichtung unserer Partei müssen unangetastet bleiben. DIE LINKE ist gegen Kriegseinsätze ohne Wenn und Aber, programmatisch und im politischen Tagesgeschäft. Und noch etwas liegt uns besonders am Herzen: Die Beibehaltung der im Programmentwurf fixierten inhaltlichen Kriterien für Regierungsbeteiligungen.

Der Innenminister will die weitere Charakterisierung der LINKEN von ihrem zukünftigen Programm abhängig machen. Ähnliche Töne hören wir wieder und wieder von SPD- und Grünen-Politikern. Das zukünftige Programm der LINKEN muss den Grunderfahrungen, -stimmungen und grundsätzlichen Zielvorstellungen der Parteibasis entsprechen.

Jegliche programmatische Anpassung wäre von Übel.

Berlin, 30. September 2010

Erstunterzeichner: Dr. Hans Bauer, Berlin; Prof. Dr. Horst Bednarek, Berlin; Ursula Benjamin, Berlin; Norbert Berentz, Berlin; Egon Bethge, Berlin; Egon Bethge, Berlin; Martina Beyer, Berlin; Prof. Dr. Gretchen Binus, Berlin; Heinrich Brendel, Berlin; Sonja Brendel, Berlin; Arne Brix, Berlin; Ellen Brombacher, Berlin; Heinz Bujack, Berlin; Traute Buttler, Berlin; Sevim Dağdelen, MdB; Dorothea Döring, Berlin; Regina Dr. Girod, Berlin; Viktor Durniak, Berlin; Erika Eberlein, Berlin; Dr. Hans Erxleben, Berlin; Rim Farha, Berlin; Prof. Dr. Edeltraut Felfe, Greifswald; Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin; Klaus Flemming, Berlin; Marki Frenzel, Berlin; Thomas Fritsche, Berlin; Wolfgang Galle, Berlin; Victor Grossman, Berlin; Karl-Friedrich Gruel, Berlin; Heike Hänsel, MdB; Martin Hantke, Bochum; Thomas Hecker, Berlin; Gerhard Heinert, Berlin; Dr. Ernst Heinz, Berlin; Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, Berlin; Dr. Jörg Heur, Berlin; Moritz Hiermoymi, Berlin; Erika Hofmann, Berlin; Gerhard Hofmann, Berlin; Inge Höger, MdB; Klaus Höpcke, Berlin; Helmut Horatschke, Berlin; Stephan Jegielka, Berlin; Ulla Jelpke, MdB; Dr. Ursula Joseph, Berlin; Heinz Karl, Berlin; Prof. Dr. Hermann Klenner, Berlin; Regina Klöhn, Berlin; Günter Kloor, Berlin; Heidi Kloor, Berlin; Gertraud Korf, Berlin; Ingrid Kröning, Berlin; Hans Peter Krüger, Berlin; Horsta Krum, Berlin; Hans-Joachim Langhans, Berlin; Inge Laser, Berlin; Kurt Laser, Berlin; Dr. Daniel Lewin, Berlin; Hans Max Loeffler, Berlin; Markus Lohmann, Berlin; Rolf Mauersberger, Berlin; Gisela Meinecke, Berlin; Ernst Melle, Berlin; Kornelia Möller, MdB; Prof. Dr. Harry Nick, Berlin; Eberhard Panitz, Berlin; Dr. Arthur Pech, Schöneiche; Renate Pfeiler, Berlin; Renate Pradella, Berlin; Karl Remiarc, Berlin; Brigitte Schmehl, Berlin; Carsten Schulz, Berlin; Hans Schulze, Berlin; Brigitte Semmelmann, Berlin; Helmut Semmelmann, Berlin; Dedo Staubesand, Berlin; Werner Stenzel, Berlin; Detlef Stoklossa, Berlin; Vera Teller, Berlin; Dr. Volkmar Vogel, Berlin; Jutta Weinert, Berlin; Fritz Wengler, Berlin; Hanna Wichmann, Berlin; Elisabeth Wissel, Berlin.

Weitere Unterstützerunterschriften bitte an:

Rim Farha, Rudolf-Grosse-Straße 2, 10318 Berlin

oder per E-Mail an: thomas.hecker@email.de

oder per Fax an: (03221) 23 46 640

¹ Gesine Löttsch auf dem ND-Pressfest am 19. Juni 2010, www.neues-deutschland.de

Diskussionsbeitrag Gen. Bodo Hinkel, Sprecher des LKR Brandenburg, auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform in der PDL

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Gäste,

Ich möchte einige Gedanken zu einem Thema äußern, daß so alt ist wie die Arbeiterbewegung und der Kampf gegen Ausbeutung, und das heute aktueller denn je auf der Tagesordnung steht.

Im Kommunistischen Manifest heben Marx und Engels hervor : Zitat « Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien.... » Und der Schlußsatz « Proletarier aller Länder vereinigt euch » ist Euch allen bekannt.

Mit einem Aufruf zum gemeinsamen Handeln aller linken Parteien, Organisationen und Vereine, aller antifaschistisch/ antiimperialistisch-demokratischen Kräfte gegen Faschismus, Kriegspolitik und Sozialraub endete am 15. Mai 2010 in Berlin eine Konferenz für Aktionseinheit.

Das Zentralkomitee der KPD und die bereits seit zwei Jahren im „Antifaschistischen Komitee gegen Krieg und Sozialraub“ gemeinsam wirkenden linken Parteien und Verbände hatten sie einberufen. 112 Teilnehmer der Veranstaltung bezeichneten linke Aktionseinheit als dringendstes Gebot dieser Zeit, um politisch wirksam allen Erscheinungen der imperialistischen Systemkrise in großen Demonstrationen der Werktätigen dieses Landes und in parlamentarischen Initiativen entgegen treten zu können.

Trotz dieses eindeutigen Bekenntnisses krankt die linke Bewegung nach wie vor an innerer Zerrissenheit und ständig wechselnder Polemik während sich die konservativen und rechten Kräfte bei der Verteidigung ihres Systems ziemlich schnell einig sind. Dieser seit 150 Jahren andauernde Zustand ist trotz aller historischen Erfahrungen bis heute noch nicht überwunden.

Für mich ist es unstreitig, daß mit der Partei DIE LINKE eine politische Kraft in Deutschland entstanden ist, die die besten Voraussetzungen hat, antikapitalistische Kräfte und Aktivitäten zu bündeln, zu kanalisieren und aufgrund ihrer gewachsenen Stärke und Einflußkraft wirksam einzubringen.

Diese guten Voraussetzungen werden nicht im Sinne des antikapitalistischen Kampfes weiter ausgebaut, wenn linke Kräfte außerhalb der Partei vor allem untersuchen, was sie von der Partei DIE LINKE unterscheidet, anstatt die Gemeinsamkeiten zu unterstreichen.

Wenn politische Schritte der Partei von außerhalb mit nahezu ausschließlicher und teilweise unsachlicher Kritik begleitet werden, ist das wenig hilfreich.

Wir sollten deutlich machen, daß mehrfach in linken Presseorganen auftretende pauschale Be- und Verurteilungen der Partei DIE LINKE ignorieren, daß es in der Partei die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum gibt. Es wäre wohl wichtiger, diese Genossinnen und Genossen in ihrem Kampf um marxistische Inhalte der Parteipolitik zu unterstützen.

Laßt mich dazu bitte folgendes feststellen :

Zum Ersten: Wenn wir in der Partei DIE LINKE Veränderungen herbeiführen wollen, dann sollte das von innen heraus geschehen. Natürlich müssen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten diskutiert und politische Positionen geklärt werden, aber immer auf angemessenem Niveau, ohne Unterstellungen und bei Verzicht auf persönliche Verunglimpfungen. Hier sehe ich eine wesentliche Verantwortung für die KPF innerhalb der Partei DIE LINKE.

Der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg hat in diesem Sinne von Anfang an die Fraktion der Partei DIE LINKE im Landtag Brandenburg einerseits unterstützt und andererseits sehr kritisch begleitet.

Am 12.11.2010 übergab der LKR der KPF Brandenburg der Landtagsfraktion und dem Landesvorstand eine erste Stellungnahme der KPF Brandenburg zur Politik der Partei *DIE LINKE*. in Landesregierung und Landtagsfraktion im Zeitraum 2009 – 2010.

Die darin enthaltenen kritischen Hinweise erachten wir als konstruktiv.

Zum Zweiten: dürfen uns Diskussionen über theoretische und pragmatische Grundfragen nicht daran hindern, in den aktuellen Tageskämpfen Gemeinsamkeit zu demonstrieren.

Wir versuchen dem Rechnung zu tragen, indem die KPF Brandenburg die Kontakte zur KPD, zur DKP und zu linken Organisationen in der Region vertieft. Unsere Teilnahme an Diskussionsforen, Beratungen und Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen sollten wir unbedingt nutzen, um die Ziele und Inhalte der Politik der KPF als Bestandteil der Partei die LINKE unseren Verbündeten näher zu bringen, sie für unsere Mitteilungen zu interessieren, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln und nicht zuletzt persönliche Kontakte zu knüpfen und Meinungsverschiedenheiten direkt auszudiskutieren.

Ein gutes Beispiel für die Nützlichkeit der Entwicklung derartiger Kontakte war unlängst die Teilnahme unseres LKR-Mitglieds Genosse Prof. Meißner an einem Diskussionsforum zum Thema „Linke Presse“, zu dem die DKP Bernau eingeladen hatte. Genosse Meißner konnte hier sehr wirksam politische Positionen der KPF darlegen und Erfahrungen über die Arbeit mit unseren „Mitteilungen“ vermitteln. Hier hätten wir auf keinen Fall fehlen dürfen.

Da aber an dieser Beratung der Chefredakteur der Jungen Welt, Genosse Arnold Schölzel, die stellvertretende DKP-Vorsitzende Genossin Nina Hager und der Vorsitzende der DKP Brandenburg Genosse Mario Berrios Miranda teilgenommen haben und auf dem Tisch Exemplare der Jungen Welt, des Rotfuchs, der Roten Fahne, der UZ und andere auslagen, hätten hier auch Genosse Volkmar Vogel und einige Exemplare unserer „Mitteilungen“ hingehört.

Ich möchte an dieser Stelle auf das unlängst von Genossen Prof. Herbert Meißner und Genossen Karl Hartmann erschienene Buch mit dem Titel „Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Gegenwart“ verweisen.

Und nicht nur der Titel klingt so interessant, der Inhalt des Buches befaßt sich auf wissenschaftlicher, marxistischer Grundlage mit den aktuellsten Fragen unserer Zeit, u.a. auch mit dem Thema der linken Aktionseinheit.

In dem Buch werden 5 Richtungen hervorgehoben, in denen für alle antikapitalistischen Kräfte Handlungsnotwendigkeit und Handlungsmöglichkeit besteht :

1. Sind dem herrschenden System so viel wie möglich an sozialen und wirtschaftlichen Zugeständnissen abzuzwingen.
2. Ist dem politischen System so viel wie möglich an Demokratie abzuzwingen
3. Muß es gelingen, daß die verschiedenen Teilinteressen einzelner Bevölkerungsgruppen zu gemeinsamen antikapitalistischen Aktivitäten vereint werden
4. Muß erreicht werden, daß alle linksorientierten Kräfte in den aktuellen politischen Kämpfen gemeinsam auftreten
5. Schließlich ist ein breites Verständnis für die politischen Veränderungen in anderen Teilen der Welt zu erreichen, um daraus politische und wirtschaftliche Solidaritätsmaßnahmen abzuleiten.

Wenn wir von einheitlichem Vorgehen linker Kräfte sprechen, dann können wir doch ungeachtet unterschiedlicher Akzentsetzungen und Positionen in den aktuellen politischen Fragen davon ausgehen, daß letztlich alle auf Marx zurück gehen und auf ihm aufbauen.

Das historisch-kritische, theoretisch tiefgründige und prognostisch weitsichtige Werk von Marx ist der Boden, auf dem das weitere gewachsen ist.

Insofern wäre es sicher wichtig, in der Zusammenarbeit mit den anderen konsequent antikapitalistischen Gruppierungen immer wieder auf das marx'sche Gedankengebäude und vor allem die Denkweise von Marx zurückzugreifen und uns in diesem Sinne gemeinsam als Marxisten zu empfinden und zu benennen.

Kommunistische Plattform
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

WICHTIG !!!

Als Landeskoordinierungsrat der KPF in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg bitten wir Euch dringend, informiert Euch über die bedeutenden Inhalt folgender Dokumente:

Bericht des Bundessprecherrates an die Bundeskonferenz der KPF in der Partei DIE LINKE vom 20.11.2010

sowie

Beschluss der 2. Tagung der 15. Bundeskonferenz der KPF in der Partei DIE LINKE vom 20.11.2010

Im Internet über www.Die-Linke.de -Zusammenschlüsse -KPF aufrufen.

Wer das nicht kann, aber e-mail hat, bitte bei Uta melden.

Wer keine EDV hat bitte bei Uta anrufen, wir versuchen dann, aber möglichst begrenzt, Papier zu verteilen.

Die beste Dauer-Lösung ist aber immer noch:

wer kann bestellt sich fix die „**Mitteilungen**“, das immer wieder hoch interessante Monatsheft der KPF. Hilfreich wäre eine Spende von nur 1 € pro Heft zzgl. Porto!

Stellungnahme der Kommunistischen Plattform Brandenburg zur Politik der Partei *DIE LINKE*. in Landesregierung und Landtagsfraktion im Zeitraum 2009 – 2010.

Liebe Genossinnen und Genossen,

KPF-Angehörige waren und sind nicht nur Links-Wähler, sondern in Wahlkämpfen in allen Ebenen auch Akteure für gute Wahlerfolge bis in die jüngste Vergangenheit.

Wir betrachten diese Stellungnahme deshalb als Bitte und zugleich als Erwartung. Diese haben sich aus eigenen Erfahrungen, vor allem aber aus den vielen geführten Gesprächen mit den Menschen im Land Brandenburg ergeben. Als aktive Linke können, wollen und müssen wir mit dieser Stellungnahme gern helfen.

Wir wissen, dass Ihr mit der Übernahme der großen Verantwortung in Koalition und Landesregierung für unser Bundesland viel zum Besseren verändern wollt.

Wir wissen aber auch, das Mögliche aus dem Morast des scheinbar Unmöglichen zu finden und es zu tun, ist eine echte Herausforderung an Wissen, Leidenschaft, eigener Überzeugung, Brennen für die Sache - verbunden mit taktischem Gespür.

Mit Recht könnt Ihr erklären, dem Wahlauftrag immer besser gerecht zu werden, deutlicher das Denken und die Erwartungen der arbeitenden Menschen, der Rentner, der Jugend und all der Wähler, die Euch mit Mandat beauftragten, in politische Realität zu bringen, die Handschrift der weniger privilegierten Schichten zu schreiben und auch die nicht geringe Zahl der Armen in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen.

Groß sind die Erwartungen unserer Wähler. Vieles konnte auch angesichts der heftig opponierenden bürgerlichen Minderheit noch nicht auf den Weg gebracht werden.

Nicht Weniges scheidet an der Politik der Konzerne und Banken der Schwarz/Gelben Regierung.

Wir übersehen nicht: Die Opposition ist unfähig, Politikvorschläge zu machen. Deshalb sucht sie um jeden Preis die Destruktion. Jeder vernünftige Ansatz einer Politik der Rot/Roten Regierung in Brandenburg soll aus Prinzip zerstört und eine konstruktive Arbeit des Parlaments verhindert werden.

Aber nicht nur die Angehörigen der KPF Brandenburg sehen das so. Immer mehr Wähler beachten Euer Handeln und honorieren das durch „Mitmachen“. Je deutlicher Eure Handschrift und Position ist, umso mehr widerspiegelt sich für die Menschen ihr eigenes Denken und Wollen in den Ergebnissen der Politik der Linken.

Wir sehen:

- Fortschritte in der öffentlich geförderten Beschäftigung
- Anstrengungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen
- bindendes Vergabegesetz für öffentliche Vorhaben
- Vorrang für erneuerbare Energien
- Ein Herz für die Kinder und ihre Eltern
- Schüler BAföG und anderes mehr.

Wir wissen, die Abgeordneten der Linken versuchen zu verhindern, das volkseigener Grund und Boden einschließlich der Seen und Ufer durch die Schwarz/Gelbe Bundesregierung immer mehr privatisiert werden. Ein Verkauf von Volksvermögen kommt einem Diebstahl am Volk gleich.

Wir achten sehr den deutlichen Willen der Fraktion zur Wahrung der friedenspolitischen Grundsätze der Partei, insbesondere auch die Ablehnung einer Beteiligung Deutschlands an Kriegseinsätzen im Ausland. Dem steht allerdings völlig entgegen, wenn unser Wirtschaftsminister Ralf Christoffers öffentlich fordert, für bestimmte Fälle Bundeswehreinsätze im Ausland offen zu halten. Das darf von unserer Partei nicht hingenommen werden.

Wir wissen auch, dass es nicht leicht ist, gegen das seit 20 Jahren gestanzte Bild vom Unrechtsstaat DDR die Wahrheit zu sagen, dass es nicht nur „Stasi“ gab, dass es in der DDR ein inhaltsreiches Leben mit Bildung und Kultur gab, an dem auch internationale Spitzenkünstler Anteil hatten, in der die Menschen sorgenfreier lebten als man versucht, es heute darzustellen. Es gab weder Obdachlose, noch Almosenempfänger.

Wir ermutigen Euch, das Bewahrenswerte aus der DDR-Zeit – und das ist sehr viel – trotz aller Anfeindungen zu verteidigen. Die Menschen, die in der DDR lebten, wissen sehr gut, was sie hatten und was nicht. Wir sagen sehr offen, dass wir manches in der Präambel zum Koalitionsvertrag so nicht aufgeschrieben hätten, dass es z. T. krasses konservatives Denken ist, das da zum Ausdruck gebracht wurde. Es hätte auch linken Politikern gut zu Gesicht gestanden, wenn sie sich gewagt hätten, solche Wahrheiten auszusprechen, wie es M. Platzeck tat. Indem er z. B. von einer gnadenlosen Deindustrialisierung nach dem Anschluss der DDR an die BRD sprach.

Die Menschen in Brandenburg messen uns als Partei an unserem Landtags-Wahlprogramm und am Koalitionsvertrag. Wir übersehen dabei nicht, dass dieser Koalitionsvertrag, nach harten Verhandlungen ein Kompromisspapier zwischen SPD und Linkspartei, um vieles besser ist, als das vorheriger Brandenburger Koalitionen. Und wir wissen auch, dass unsere Fraktion und unsere Minister/innen an diesen Vertrag gebunden sind. Aber es gibt auch Sachverhalte der jetzigen Politik unserer Fraktion und unserer Minister/Innen, die uns für unsere Arbeit im Sinne der brandenburgischen Bevölkerung Sorgen bereiten.

Mit dem *Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes* und weiteren am Zeitgeist orientierten Dokumenten war unsere berechtigte Wahlkampfforderung nach einem Ende der Ausgrenzung von juristisch unbelasteten DDR-Verantwortungsträgern gefallen. Das kostete uns auch Glaubwürdigkeit. Wir üben Kritik an der Zeitgeisthaltung in Form der fehlenden eigenen Wertung nicht nur zum 20. Jahrestag der Einheit und zur einseitigen Darstellung der deutschen Geschichte sowie zur Hetze gegen die DDR. Es sollte stärker auf Inhalte der Geschichtsbildung, besonders der Jugend Einfluss genommen werden.

Die Bundeswehr führt leider auch in Brandenburg ganz selbstverständlich Berufsberatungsgespräche während des Unterrichts. Das darf durch eine Regierung mit unserer Beteiligung nicht hingenommen werden.

Unverständlich ist uns auch die Passivität im Ringen um den Erhalt der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals.

Das Engagement unseres Wirtschaftsministers Ralf Christoffers für die Internationale Luft- und Raumfahrt-Ausstellung (ILA) wäre zu begrüßen, wenn nicht jedes Mal über ein Drittel der ILA-Exponate militärischen Charakter hätten. Die in diesem Zusammenhang angeführten Gründe zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind denen der Rüstungslobby sehr ähnlich.

Im ländlichen Raum erwarten besonders die in den Agrargenossenschaften und -Kooperativen beschäftigten Menschen mehr Unterstützung unserer Politiker/Innen für die LPG-Nachfolgeeinrichtungen. Der aus den alten Bundesländern gesteuerte brutale Verdrängungs-Markt muss notfalls auch mit entsprechenden Landesgesetzen eingeschränkt werden.

Wir weisen auf ein weiteres Problem hin: Das Programm „Arbeit für Brandenburg“ wird von vielen betroffenen Geförderten als gut befunden. Aber der Verdienst von 7,50 € je Stunde dort ist zu niedrig, der DGB verlangt jetzt schon 8,50 € Mindestlohn. Unsere Partei fordert schon lange den gesetzlichen Stunden-Mindestlohn von 10 €.

Warum ist das nicht auch unser Ziel?

Die Polizeireform ist ein Thema, das viele Menschen und auch uns beunruhigt. Es ist unbefriedigend, dass sich unsere Fraktion bei der Erarbeitung einer durchaus notwendigen Neustrukturierung der brandenburgischen Polizei nicht stärker im Interesse der Bürger/innen durchsetzte.

Wir sehen auch, dass in dieser angespannten Finanzlage des Landes in allen Fachministerien Einsparungen erfolgen müssen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass das Brandenburger Innenministerium keine Polizisten/Polizistinnen mehr ins Ausland schickt.

Das ist für uns die praktische positive „kleine Brandenburger Friedenspolitik“.

Die bis 2020 geplante Polizeireform wirft eine dringend zu beantwortende Frage auf:

Kann bei der übermäßigen Reduzierung des Personals und der Polizeiwachen in Brandenburg noch die Sicherheit im ländlichen Raum und in den Grenzregionen unseres Flächenlandes gewährleistet werden? Zumal der ländliche Raum mehr und mehr zur Basis und zum Tatort auch für gewalttätige Rechtsradikale wird. Das verunsichert viele Bürger/innen.

In diesem Zusammenhang halten wir es für nötig, dass die Polizei des Landes Brandenburg bei friedlichen Demonstrationen und Blockaden z. B. gegen die CO₂-Verpressung oder bei friedlichen Blockaden gegen den stärker werden den Neofaschismus sensibler und bürgerfreundlicher als früher vorgeht, nicht wie in Dresden oder Stuttgart.

Und wir erwarten hier auch vor allem von unserer Landtagsfraktion eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen im Land. Aktionen gegen Neonazis, gegen die Durchsetzung profitabler Konzerninteressen, gegen die weitere Privatisierung öffentlicher Leistungen und Aufgaben und viele weitere verdienen auch die Unterstützung unserer Abgeordneten.

Wir haben hier einige wichtige Themen berührt, die sicher im Interesse der Brandenburgerinnen und Brandenburger weiter auszugestalten sind.

Dabei gilt es nach unserer Meinung zu bedenken:

Stuttgart 21, die Anti-AKW-Demo in Berlin und die CCS-Problematik zeigen eines: Die Menschen sind nicht politik- sondern parteienmüde. Dies könnte die Landespolitik noch weiter ausnutzen.

Es ist zu fragen, an welchen Stellen Bürgerbeteiligungen erweitert werden sollten, um noch mehr Menschen auch in unsere Politik einzubeziehen.

Abschließend: Wir anerkennen die Arbeit der gewählten Vertreter in der Fraktion und Regierung. Wir versichern, auch künftig die linke Politik des Landesvorstandes und der Fraktion zu unterstützen und kritisch zu begleiten.

Wir hoffen, dass wir mit diesen Bemerkungen für Euch eine Hilfestellung geben konnten.

Wir verbleiben mit solidarischen Grüßen

Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg in der Partei Die Linke

Kommunistische Plattform
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Festveranstaltung zum 190 Geburtstag Friedrich Engels:

Sein Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ und dessen aktuelle Bedeutung

Unter diesem Thema hatte der LKR der Kommunistischen Plattform des Landes Brandenburg in der PDL gemeinsam mit den Landesverbänden der DKP und der KPD zum 04. Dezember 2010 nach Berlin in die „Ladengalerie“ der Zeitung *junge Welt* eingeladen!

Das Hauptreferat hielt Prof. Götz Dieckmann (RotFuchs-Förderverein):

„Friedrich Engels – sein Werk als Mitbegründer und Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus“

Weitere Redner waren:

- Prof. Anton Latzo (KPF in der PDL und DKP)
„Friedrich Engels, die Außenpolitik linker Parteien und wir“
- Prof. Zbigniew Wiktor (KP Polens, Wroclaw):
„Friedrich Engels und aktuelle Bezüge seines Schaffens“

Mit bewundernswerter Deutlichkeit wurde durch alle Referenten die universelle Aktualität der Erkenntnisse Friedrich Engels (und Karl Marx) nach wie vor auch in unserer heutigen Zeit heraus gearbeitet!

Ihre wissenschaftliche Methodik des dialektischen und historischen Materialismus bei der Analyse der gesellschaftlichen Vorgänge ist auch für uns heute noch von grundlegender Bedeutung und einfach genial.

Ein triftiger Grund mehr, sich öfter wieder mit den Klassikern zu befassen und sich bei ihnen wichtigen Rat und Orientierung zu holen!

P.S.: Wer die Referate wünscht meldet sich bitte bei Uta!

Wichtige Termine

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir bitten Euch, folgende Termine langfristig vorzumerken und durch zahlreiche Teilnahme zum Gelingen der vorgesehenen Veranstaltungen beizutragen:

- **08.01.2011, ab 10.00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Konferenz**
in 10787 Berlin, An der Urania 17, (im URANIA-HAUS)
- **09.01.2011, Liebknecht-Luxemburg-Ehrung**
in Berlin-Friedrichsfelde, (Gedenkstätte der Sozialisten),
Beginn der Demonstration zur Gedenkstätte: 10 Uhr, Frankfurter Tor
- **08.03.2011, 100. Internationaler Frauentag**
Organisiert anlässlich des 100. Internationalen Frauentages Fest- und Kampfveranstaltungen zur praktischen Durchsetzung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen!
- **22.06.2011: 70. Jahrestag des faschistisch-deutschen Überfalls auf die Sowjetunion**
- **13.08.2011: 50. Jahrestages der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls der DDR gegenüber West-Berlin**
- **03.10.2011:**

In schon traditioneller Weise bereitet das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden im Zusammenwirken mit linken Parteien, Organisationen und Medien die „**Alternative Einheitsfeier**“ zum „21. Jahrestag der Einheit“ in Berlin vor, die mehr denn je zu einem Angriff auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden soll.

Weitere und die genauen Termine und Veranstaltungsorte sind den zu erwartenden Einladungen und unseren späteren Informationen zu entnehmen.

Besonderen Wert legen wir auf die Teilnahme an allen antifaschistischen Aktionen und die Unterstützung der Bestrebungen zum Verbot der NPD und neofaschistischer Organisationen.

Wirkt aktiv mit gegen jegliche Geschichtsklitterung! Unsere Menschen, insbesondere unsere Jugend braucht nicht nur bürgerliche „Emotionen“, sondern viel mehr geschichtliche Fakten. Dann können sie auch Ereignisse einordnen, werten und sich eine Meinung bilden. Treten wir der systematischen Verdummung der Menschen aktiv mit unserem Faktenwissen und eigenen Erlebnissen entgegen. Kümmern wir uns wieder um die VOLKS-BILDUNG !

Der LKR Brandenburg der KPF wünscht allen Angehörigen und Sympathisanten ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr!